

Arabische Welt

soziale Revolten, politische Umstürze und westliche Intervention

Joachim Becker

Die sozialen Revolten in den arabischen Ländern kamen für viele unerwartet, sie kamen aber nicht plötzlich. Gerade in Tunesien und in Ägypten hatten die sozialen Proteste in den letzten Jahren zugenommen. Sie richteten sich einerseits gegen die massiven sozialen Schieflagen der ökonomischen Modelle in der arabischen Welt, andererseits gegen den autoritären Charakter der Regime. Tunesien und Ägypten galten in den westlichen Ländern als vermeintliche liberale Wirtschaftswunderländer. Entsprechend groß war die Verwunderung, dass die Welle sozialer Proteste gerade in diesen Ländern ihren Ursprung nahm.

Tunesien und Ägypten zeichnen sich durch sozial zunehmend exkludierende liberale Wirtschaftsmodelle aus. Die stärker etatistischen und stärker auf den Binnenmarkt orientierten Modelle wurden ab den 1970er Jahren durch die aufstrebenden wirtschaftsliberalen Strömungen in beiden Ländern schrittweise zugunsten einer Politik der »Infitah« – Öffnung – aufgegeben. »Wenn Ägypten den Prototyp der Infitah darstellt, so war Tunesien der Pionier«, halten Alan Richards und John Waterbury (1990: 244) fest. Das Regime Ben Alis in Tunesien setzte vor allem auf exportorientierte Industrialisierung und Tourismus, während die Wachstumsstrategie in Ägypten vornehmlich auf Dienstleistungen (Tourismus, Suez-Kanal, Importgeschäft) orientiert war. Die Industrie büßte am Nil relativ an Bedeutung ein (vgl. Chamkhi 2011: 8ff., El-Naggar 2009). In beiden Fällen profitierten Kapitalgruppen besonders stark, die mit dem politischen Zentrum – und damit den Präsidentschaftsfamilien Tunesiens und Ägyptens – besonders eng verbunden waren. Diese familiäre Einführung des »politischen Kapitalismus« (Staniszki 2001: 243ff.) führte zu Spannungen innerhalb der Bourgeoisie. In beiden Fällen war das Wirtschaftsmodell mit zunehmender sozialer und regionaler Polarisierung verbunden. Strukturelle Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung waren – trotz bedeutsamer Arbeitsmigration ins Ausland – in beiden Ländern hoch. Die strukturellen Probleme sind durch die Wirkungen der globalen Krise mit ihren starken Folgen in der EU noch verschärft worden: Exporte, Tourismus und der Transport durch den Suez-Kanal litten unter Einbrüchen (Sharma 2010: 42f.). In den Vorkrisenjahren hatten allerdings insgesamt die Wirtschaftsbeziehungen der nicht-ölexportierenden arabischen Ökonomien mit den ölexportierenden Ländern zugenommen: vor allem durch Immobilien- und Finanzinvestitionen. Diese Form der regionalen Finanziarisierung ist durch die globale Krise deutlich getroffen worden (Ben Hammouda/Jallab 2010: 90f.).

Stärker als Tunesien ist die ägyptische Wirtschaft über die Arbeitsmigration mit den ölexportierenden Golfländern verbunden. Die ölexportierenden Länder sind sehr stark mit der Konjunktur der Zentrumsökonomien verbunden. In den Vorkrisenjahren erzielten sie aufgrund des Ölpreisbooms stark steigende Exporteinnahmen, diese gingen allerdings in der aktuellen Krise vorübergehend deutlich zurück.

Die ölexportierenden Länder sind allerdings mit den Zentrumsökonomien vielfach auch über Finanzinvestitionen verbunden – das gilt speziell für die Golfmonarchien. In diesem Bereich erlitten sie ebenfalls erhebliche Einbrüche. In verschiedenen Ländern gerieten das lokale Bankensystem und die Immobilienwirtschaft gewaltig unter Druck – am extremsten in Dubai, das völlig auf die Finanziarisierung gesetzt hatte (Ben Hammouda/Jallab 2010: 83, 89ff., Sharma 2010: 39ff., 43ff., Fourmont 2009, 77f., Ben Hammouda 2011). Einzelne der arabischen Staatsfonds hatten allerdings auch substanzielle Investitionen außerhalb der Zentrumsökonomien vorgenommen, beispielsweise der libysche Staatsfonds im subsaharischen Afrika (Misser 2011).

Die wirtschaftliche Diversifikation der ölexportierenden Länder ist nicht sehr weit gediehen. Die linksnationalistischen Regierungen Algeriens und des Irak unternahmen in den 1970er Jahren erhebliche Industrialisierungsanstrengungen. Im Fall Algeriens brachte der starke Einbruch des Ölpreises das ambitionierte Industrialisierungsprogramm in den 1980er Jahren zum Einsturz. Die wirtschaftliche Liberalisierungspolitik der folgenden Jahre begünstigte eng mit dem Regime verbundene Importinteressen. Im Irak wurden alle Industrialisierungserfolge durch die Abfolge von Kriegen – beginnend mit dem Krieg gegen den Iran, endend mit der Invasion der USA und ihrer Verbündeten – zunichte gemacht (Martinez 2010). In den Golfstaaten setzten die Industrialisierungsanstrengungen in der Tendenz später ein und sind recht stark mit dem Ölsektor verbunden (z. B. chemische Industrie). Es entstanden so zumindest Ansätze einer einheimischen Industriebourgeoisie. Die Beschäftigungswirkungen der Industrieentwicklung sind ziemlich gering. Auch die ölexportierenden Länder leiden z.T. unter erheblicher Arbeitslosigkeit, gerade auch bei Arbeitskräften mit einem relativ hohen Bildungsstand. Im arabischen Raum bewegt sich die Arbeitslosenrate insgesamt bei ca. 20% (Khader 2009: 198). Damit ist auch soziale Frustration entstanden.

In den ölexportierenden Ökonomien ist die Akkumulation einerseits stark durch die Erzielung von Renten im Rohstoffgeschäft sowie von Einkommen aus Wertpapiergeschäften – und damit von der internationalen Konjunktur – geprägt. Andererseits hängen die Akkumulationschancen eng von den guten Verbindungen zum jeweiligen Regime ab – der Staatsspitze in den republikanischen Staaten, der Herrscherfamilie in den Golfmonarchien. Die Staatsspitzen waren in den meisten arabischen Ländern in den letzten Jahren durch ein erhebliches Maß an Kontinuität geprägt. Selbst in den formal republikanischen Staaten herrschten oft faktisch fast dynastische Verhältnisse. In Syrien folgte auf den Vater der Sohn als Staatspräsident, in Ägypten und Libyen bauten die Staatspräsidenten Hosni Mubarak und Muamar al-Ghaddafi ihre Söhne als potenzielle Nachfolger auf (Droz-Vincent 2010). Im Libanon prägen einige wenige Familien die konfessionell aufgespaltene politische Szene. Mit dem Abgang von der eher binnenmarktorientierten, auf jeden Fall eher etatistischen Politik ist eine ideologische Entleerung der ursprünglich nationalistischen, oftmals auf die Blockfreien orientierten Machtblöcke in den Republiken entstanden. Soziale Polarisierung und ausgedehnte Freunderlwirtschaft haben den Legitimitätsverlust der Regime beschleunigt. Repression war ein zentrales Element der Herrschaftssicherung. Teils gab es kleine Spielräume für eine »offiziell« geduldeten Opposition (Algerien, Ägypten), teils nicht einmal das (Libyen). In Libyen marginalisierte das Ghaddafi-Regime formalisierte intermediäre Institutionen, wie z. B. Berufsverbände, in besonderem Maße. Stattdessen forcierte es eine tribale Allianz-

Politik (vgl. Chibani 2011, Kechana 2011). In den Golfmonarchien ist die Staatsmacht in besonders hohem Maße in den Händen der Herrscherhäuser konzentriert. Parlamentarische Vertretungsorgane spielen bestenfalls eine untergeordnete Rolle. Besonders ausgeprägt autokratischen Charakter hat das saudische Regime, das faktisch als Regionalmacht fungiert. Allerdings verfügen die Golfmonarchien aufgrund der hohen Öleinnahmen über beträchtliche Spielräume für eine großzügig angelegte Klientelpolitik mit hohen Sozialausgaben.

Soziale Protestbewegungen

Das politische Terrain für soziale Protestbewegungen war und ist somit für soziale Protestbewegungen kompliziert. Dennoch war gerade in Tunesien und Ägypten in den letzten Jahren eine Revitalisierung sozialer Protest erkennbar. In Tunesien war der mehrmonatige Arbeiterprotest in der Bergbauregion Gafsa im Jahr 2008 ein Fanal. Die gewerkschaftliche Basis zeigte im Gegensatz zur gegenüber dem Regime vielfach kooperationsbereiten Führung des Gewerkschaftsdachverbandes UGTT (Union générale des travailleurs tunisiens) erhebliche Militanz. Auch StudentInnengruppen – sowohl der Linken als auch religiöser Orientierung – sowie Menschenrechtsgruppen zeigten sich aktiv (Gantin 2009, Schmidinger in diesem Heft). In Ägypten zeigten einerseits eine seit 2004 andauernde Streikwelle – für Beinlin (2009: 77) die »größte soziale Bewegung seit mehr als einem halben Jahrhundert« – und andererseits eher von den Mittelschichten getragene Protestbewegungen gegen Wahlfälschungen, Repression, aber auch die Israel/Palästina-Politik des Mubarak-Regime eine eskalierende soziale und politische Unzufriedenheit erkennen. Diese Bewegungen bildeten teils auch neue Organisationsformen aus (Pommier 2008: 233ff., El-Mahdi 2009, El Masry in diesem Heft). Allerdings waren auch die Grenzen dieser sozialen Bewegungen unübersehbar. So verweist Kandil (2011: 24f.) darauf, dass die Streiks in der Vergangenheit lokal begrenzt blieben und sich nicht zu nationalen Streikbewegungen ausweiteten. Für oppositionelle Aktivitäten wurden auch systematisch die neuen Kommunikationstechnologien und sozialen Medien genutzt. Die technische Infrastruktur hierfür war von den herrschenden Regimen aus ökonomischen Erwägungen heraus selbst geschaffen worden. Deren Kontrollversuche dieses neuen medialen Raums griffen nicht so stark wie intendiert (Çelik 2011).

In den meisten arabischen Ländern war allerdings in den letzten Jahren kein Aufschwung der sozialen Bewegungen zu verzeichnen gewesen, speziell in den Golfmonarchien waren sie schwach und eher marginalisiert. Für Duterme (2009: 13), verdeckte die lokal starken Streikbewegungen in Ägypten und Tunesien »kaum den relativen Niedergang der traditionellen sozialen Bewegungen, die auf den Klassenidentitäten (Bauernorganisationen, Genossenschaften, Gewerkschaften) aufbauten und in den Dienst der Regime gestellt worden waren.« Vereinzelt konnten solche Bewegungen Autonomie wieder gewinnen, dies waren jedoch sehr mühsame Prozesse. Die Linke ist im Vergleich zu den 1960er und 1970er Jahren deutlich geschwächt. Ihr Diskurs ist vielfach noch immer durch eine starke nationale und anti-imperialistische Akzentsetzung geprägt, obgleich eine Ausdifferenzierung in Strömungen, die eher nationale und soziale Frage bzw. die eher individuelle Rechte in den Vordergrund stellen, erkennbar. Die religiöse Rechte hat teils ihrerseits die soziale Frage besetzt. Allerdings schafft dies innerhalb der religiösen Rechten Spannungen zwi-

schen Basisgruppen, die sich in sozialen Konflikten engagieren, und den meist wirtschaftsliberal orientierten Führungskadern. Punktuell gibt es durchaus Formen der Zusammenarbeit der Linken mit der religiösen Rechten, die sich aus Frontstellungen gegen die herrschenden Regime ergeben, die aber auch in einer nationalistischen Orientierung eine gewisse Grundierung finden (Dot-Pouillard 2009). Überlagert wurden und werden diese Spannungslinien noch durch die regionale, ethnische und konfessionelle Spaltungslinien.

Der aktuelle Zyklus sozialer Revolten

Der aktuelle Zyklus sozialer Revolten nahm seinen Ausgang Ende des Jahres in der tunesischen Provinz. Fanal war die Selbstverbrennung eines Straßenhändlers nach Demütigung durch die Polizei. Die Proteste weiteten sich von der Provinz allmählich bis in die Hauptstadt Tunis aus und wurden durch die repressive Antwort des Ben Ali-Regimes weiter angefacht. Die Protestbewegung war sozial breit gefächert. Mit der Zeit kamen zu den Straßenprotesten Streiks hinzu. Die UGTT begann sich – ausgehend von ihrer militanten Basis – in den späteren Protestphasen zu aktivieren. Die Forderungen radikalisierten sich zu einem Abtritt des Ben Ali-Regimes (vgl. Piot 2011).

Die soziale Revolte in Tunesien – und der letztliche Abtritt Ben Alis – ermutigte ihrerseits die Proteste in Ägypten. In der breiten sozialen Verankerung, in der Ausrichtung der Forderungen und dem wenig hierarchischen Charakter der Protestbewegung gleichen sich die beiden Länder. Die Abwesenheit einer sichtbaren nationalen Leitung der Proteste hat ihre Unterdrückung durch das Regime erschwert. Gleichzeitig konnte sich die soziale Revolte in Ägypten auf die organisatorischen Strukturen sozialer Gegenbewegungen stützen, die in den Vorjahren entstanden waren. Die Oppositionsgruppen hatten sich in der Taktik minutiös vorbereitet und einige ägyptische Oppositionelle hatten sich von AktivistInnen der serbischen Otpor-Gruppe beraten lassen, die eine Schlüsselrolle beim Sturz Slobodan Miloševićs gespielt hatten (Hermann 2011: 6).

Für die Teilerfolge der sozialen Protestbewegung – der erzwungene Abtritt der Präsidenten Tunesiens und Ägypten – trugen außer ihrer Mobilisierungsfähigkeit und ihrem Durchhalten auch Spaltungen im gesellschaftlichen Machtblock bei. Teile der Bourgeoisie waren marginalisiert worden. In Ägypten wurde erkennbar, dass sich Vertreter einer stärker auf eine nationale Entwicklung setzende Kapitalfraktion zugunsten der Protestbewegung positionierten, während Gruppen, die von der Öffnungspolitik besonders profitiert hatten, am Regime festhielten (Amar 2011: 23). Spaltungen wurden auch im Repressionsapparat kenntlich. Letztlich nötigte das Militär sowohl Ben Ali als auch Mubarak zum endgültigen Abtritt von der politischen Bühne (vgl. Ruf 2011: 4f., Amar 2011: 23). Dies formuliert der bekannte linke, aus Ägypten stammende Ökonom Samir Amin (2011: 120) kategorisch: »Mubarak ist nicht zurückgetreten: Er ist von der Macht durch einen Staatsstreich entfernt worden, der von der Armee gelenkt wurde.«

Die Übergangskonstellationen unterscheiden sich in Tunesien und Ägypten. Die tunesische Regierung hat zivilen Charakter, die UGTT verfügt über Mobilisierungs- und Druckmöglichkeiten, wenngleich die Kollaboration von großen Teilen der früheren UGTT-Führung mit dem Ben Ali-Regime in oppositionellen Kreisen nicht

vergessen ist (Mestrum 2011). Die neuen politischen Strukturen müssen sich allerdings erst noch herauskristallisieren. Die relative Schwäche der Oppositionsparteien ist nicht nur in Tunesien, sondern auch in Ägypten in der aktuellen Übergangsphase eine Achillesferse der Opposition. In Ägypten hat ein oberster Militärrat, in dem führende Vertreter des anciens régime vertreten sind, die Zügel in die Hand genommen. In der Übergangsphase hat sich das ägyptische Militär bislang sehr geschlossen gezeigt (Kandil 2011: 32). Die politische Rolle des Militärs war in den letzten Jahrzehnten in Ägypten ungleich stärker als in Tunesien – und diese Tendenz findet jetzt ihre Fortsetzung. Der Militärrat begünstigt eher politisch konservative Kräfte (vgl. Müller 2011: 43). Er dringt auf schnelle Wahlen, was die Muslimbrüder, die im Umsturz keine prominente Rolle spielten, als organisatorisch stärkste politische Kraft bevorzugen dürfte. Ein Teil der Muslimbrüder orientiert sich am Vorbild der türkischen Regierungspartei AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi) (Achcar 2011: 13). Die AKP ist auch in westlichen Regierungskreisen wohlgefallen, in den USA wird sie als Vorbild für eine konservative Demokratisierung im Nahen Osten gesehen (Uzgel 2010: 31 ff.). Die AKP stellt sich als konservative demokratische Kraft dar. Gesellschaftspolitisch ist sie sehr konservativ, wirtschafts- und sozialpolitisch neoliberal orientiert (Uzgel/Duru 2010). Allerdings sind im Vorfeld der türkischen Parlamentswahlen im Juni 2011 autoritäre Tendenzen der AKP deutlicher hervorgetreten. Die linke türkische Zeitschrift *Express* zeigte in einem Leitartikel einen Formwandel des »derin devlet«, des »tiefen Staates«, auf. »Derin devlet« ist ein Staat im Staate oder genauer eine verdeckte Staatsstruktur im Sicherheitsapparat, die in spezieller Loyalität zum jeweiligen Staatsprojekt – früher dem kemalistischen, heute jenem der AKP – steht. Dies veranlasste *Express* zu der Frage: »Sind die konservativen Demokraten Demokraten?« (O.A. 2011: 4). Allerdings bestehen erhebliche qualitative Unterschiede zwischen der Türkei und den anciens régimes Tunesiens und Ägyptens.

Brüche im Establishment sind angesichts starker sozialer Proteste auch im Jemen und in Libyen zu Tage getreten. Die Konstellation in Libyen unterscheidet sich von den anderen arabischen Ländern insoweit, als es sich verdichtende Hinweise darauf gibt, dass westliche Geheimdienste bei der Vorbereitung der Revolte eine aktive Rolle spielten (vgl. Rose 2011: 9). Die religiöse Rechte stellt in Libyen das wohl am besten organisierte Element der oppositionellen Kräfte. Gruppierungen aus diesem Spektrum sind auch bereits in der Vergangenheit von den USA und Großbritannien unterstützt worden (Munier 2011). In Libyen hatten westliche Länder, aber auch die konservativen Regime am Golf, angesichts des außenpolitischen Zickzack-Kurses Ghaddafis, im Gegensatz zu fast allen anderen arabischen Ländern ein eindeutiges Interesse am Sturz oder zumindest einer extremen Schwächung des Regimes. In Syrien und in Bahrain, wo die Proteste zumindest zeitweilig einen sehr starken Umfang annahmen, zeigten sich die Regime bislang kompakt und reagierten mit extremer Härte auf die Demonstrationen. Beide Länder zeichnen sich dadurch aus, dass konfessionelle Minderheiten die Staatsführung – republikanisch in Syrien, monarchisch in Bahrain – dominieren. In Bahrain sind Tendenzen zur Diskriminierung der schiitischen Minderheit unverkennbar. In der Revolte sind bislang die Bruchlinien nicht offen zu Tage getreten, obgleich erste konfessionelle Parolen Ende April in Syrien zu vernehmen waren. Die religiöse Rechte (z. B. Muslimbrüder) stellt relevante Segmente oppositioneller Kräfte (Abdülkadir 2011: 36, Seale 2011: 5). Die KurdInnen beteiligten sich zwar an den Protesten, aber zunächst nicht in einer exponierten Weise.

Syrien spielt in der Region eine wichtige politische Rolle, und das Assad-Regime verfolgt eine geschickte Allianz-Politik. Daher ist die Politik der westlichen Regierungen und der konservativen Regime am Golf, aber auch der Türkei sehr verhalten. Hingegen unterstützte das saudische Regime das Herrscherhaus in Bahrain massiv bei der blutigen Niederschlagung der Proteste (Hadidi 2011: 50f.).

In zahlreichen anderen arabischen Ländern ist es ebenfalls zu sozialen Protesten gekommen, die jedoch nicht die Intensität erreichten, die etablierten Machtstrukturen infragezustellen. Den sichtbarsten politischen Effekt hatten sie in Palästina, wo sie die verfeindeten Gruppierungen von Fatah und Hamas zu einer politischen Annäherung zwangen. Sozialpolitische Konzessionen gab es in zahlreichen arabischen Ländern, vor allem in den Golfmonarchien.

Außenpolitische Konstellationen

Auf Erfolg und Misserfolg der sozialen Proteste hatten auch die außenpolitischen Konstellationen Einfluss. Die beiden Länder Tunesien und Ägypten, in denen die gesellschaftlichen Aufstände zum politischen Umsturz geführt haben, galten den westlichen Regierungen als wirtschaftspolitische Erfolgsmodelle und enge Verbündete in der Region. Ägypten kommt aufgrund seiner geographischen Position – u. a. Suez-Kanal und Grenze zu Israel – besondere geostrategische Bedeutung zu. Seit dem Tode Nassers waren die ägyptische Regierungen regionalpolitisch immer mehr auf eine pro-westliche Linie eingeschwenkt, beispielsweise im Israel/Palästina-Konflikt, aber auch im Irak-Krieg. Das außenpolitische Wohlverhalten ist u. a. mit hohen Hilfszahlungen und intensiver Militärhilfe honoriert worden. 2008 erhielt Ägypten höhere Mittel aus dem US-amerikanischen Economic Support Fund als das gesamte sub-saharische Afrika – und nur Afghanistan war ein noch größerer Einzelpfänger (Alexander 2009: 138). Die EU-Mittelmeer-Politik war strategisch auf eine enge Kooperation mit den Regierungen Ben Ali und Mubarak ausgerichtet (vgl. Gresh 2011: 15). Sehr breit gefasste Sicherheitserwägungen (inkl. Abweisung von MigrantInnen von der Südseite des Mittelmeers), Zugang zu den Energieressourcen und eine neoliberal orientierte Freihandelspolitik waren Kernelemente der EU-Mittelmeer-Politik (vgl. Gualteri/Rhi-Sausi 2010). Sicherheits- und Wirtschaftsaspekte hätten in der EU-Politik in der Region gegenüber Demokratiefragen das eindeutige Primat, hob Martinez (2010: 198) hervor. Dementsprechend herrschte in der Zusammenarbeit mit den Regimen Mubaraks und Ben Alis »eitel Sonnenschein« (Gresh 2011: 15). Die französische Regierung pflegte etwa mit dem tunesischen Regime eine enge Polizei-Kooperation. Noch am 11. Jänner 2011, als die Proteste in Tunis bereits stark angeschwollen waren, diente die französische Außenministerin Michèle Alliot-Marie dem Ben Ali-Regime öffentlich das französische »Savoir-faire« bei der Aufstandsbekämpfung an (Bonelli/Potier 2011: 17).

Dementsprechend wurden die Regierungen in den USA und den EU-Ländern, gerade auch die in Region sehr aktive Sarkozy-Regierung, von dem sich abzeichnenden Umstürzen auf dem falschen Fuß erwischt und taten sich mit ihrer Positionierung entsprechend schwer. Hierbei hatte Ägypten für sie einen weit höheren Stellenwert. Der Oberbefehlshaber der tunesischen Armee, Rachid Amar, hielt engen Kontakt zur US-Botschaft in Tunis. »Die Befehlsverweigerung des Präsidenten, auf die Demonstranten zu schießen, könnte also durch aus mit Rückendeckung der USA

erfolgt sein«, merkt Werner Ruf (2011: 4) an. Gegenüber den Ereignissen in Ägypten zeigte sich die US-Regierung erkennbar zögerlich, distanzierte sich dann aber zunehmend von Mubarak und setzte auf das Militär. Das Ziel der US-Politik fasst der türkische Journalist Mehmet Ali Güller (2011: 53) als die Erhaltung eines »Mubarak-Regimes ohne Mubarak« zusammen. Strategisch geht es den westlichen Regierungen erkennbar um eine Stabilisierung des wirtschaftlichen und außenpolitischen Status quo in den als pro-westlich orientierten Ländern. Eine Demokratisierung möchten sie gerne in konservative Bahnen lenken. Ähnlich ist die Perspektive der konservativen Golfmonarchien, vor allem der Regionalmacht Saudi-Arabien, einzuschätzen, die durch die Umstürze in Tunesien und Ägypten ebenfalls aufgeschreckt wurden (Gresh 2011).

Im Zweifel hat die Stabilisierung des Status quo für die westlichen Regierungen und die Golfmonarchien den Vorrang. Das machte die gewaltsame Niederschlagung der Protestbewegung in Bahrain, bei der das saudische Regime tatkräftig assistierte, deutlich. Bahrain spielt für die US-Flottenpräsenz im Nahen Osten eine wichtige Rolle. Umsturz und Demokratisierung in Bahrain wären auch für das benachbarte Saudi-Arabien ein Fanal (Güller 2011: 58, 61). Saudi-Arabien ist wiederum für die USA, aber auch die westeuropäischen Länder ein Garant für den ungehinderten Zugang zu den Energieressourcen am Golf.

Auf einen Regimewechsel setzten die westlichen und die Golfregierungen offensiv bislang allein in Libyen. Die Ghaddafi-Regierung hat sich durch eine Außenpolitik im Zickzack-Kurs ausgezeichnet, die sich allerdings von militant anti-imperialistischer Ausrichtung in den letzten Jahren auf eine rein taktisch bedingte, relativ enge Kooperation mit den USA neuorientierte (Séréni 2011: 18f.). Hier haben Frankreich, Großbritannien und die USA gemeinsam mit den konservativen Golfstaaten im Kontext eines eskalierenden Bürgerkrieges eine Resolution des UN-Sicherheitsrates zur Durchsetzung einer Flugverbotszone durchgesetzt, die sie als legitimatorische Grundlage für immer extensiveren Militärschläge nutzen. Die Positionierung der westlichen Länder war nicht einheitlich. Die deutsche Bundesregierung enthielt sich – teils aus elektoralen Gründen, teils aus Skepsis über die Resultate einer militärischen Eskalation – zusammen mit China und Russland im Sicherheitsrat (Lemaître 2011: 12). Die Hauptpromotoren der Intervention – Frankreich und Großbritannien, die beiden klassischen Kolonialmächte in der Region – zeigten sich von der deutschen Entscheidung wenig angetan. Le Monde kommentierte diese als deutschen Mangel an »Solidarität«, wenn nicht an »Reife« (O.A. 2011b). Die Kriegspropaganda stellte die Intervention als »humanitär« dar, ähnlich wie in Jugoslawien oder im Irak. Der militärische erzwungene Regimewechsel ist nicht Gegenstand der UN-Resolution, aber ein uneingestandenes Ziel der Militärintervention. Auch die faktische Aufteilung des Landes in auf westliche Länder gepolte Einflusszonen ist eine denkbare Option (Nehmé 2011: 21). Die syrische Regierung ist aufgrund seiner recht engen Beziehungen zum Iran und seiner eher harten Position gegenüber Israel bei den westlichen Regierungen nicht wohlgekommen, gilt aber als stabilisierender Faktor. Daher ist die Reaktion auf die scharfe Repressionspolitik in Syrien deutlich verhaltener.

Ähnliche Reaktionsmuster sind im harten Kern der um Saudi-Arabien gruppierten reaktionären Golfmonarchien erkennbar. Im Fall Libyens befürworteten sie einen von außen beförderten Regimewechsel, im Jemen versuchen sie einen geordneten Übergang zu vermitteln und in Bahrain, das einen Präzedenzfall für ernsthafte De-

mokratisierung am Golf darstellen könnte, setzen sie auf harte Niederschlagung der Protestbewegung.

Die Spielräume der arabischen Demokratisierungsbewegungen werden durch die westlichen Positionierungen ein Stück weit konditioniert. Erkennbar ist das Bestreben der westlichen Regierungen, die Demokratisierungsprozesse in von oben kontrollierte Bahnen zu lenken und sozio-ökonomische Veränderungen sowie außenpolitische Neuorientierungen gering zu halten.

Ausblick

Die Bewegungen für Demokratie, Würde und mehr Gerechtigkeit haben in Tunesien und Ägypten erste Durchbrüche erzielen können. Dies ist für die arabischen Länder eine positive Zäsur. Das Ringen um die künftige politische und ökonomische Ausrichtung hat damit aber erst begonnen. Die Umstürze in Tunesien und Ägypten könnten sich als erste Schritte einer bürgerlich-demokratischen Revolution erweisen.

Literatur

- Achcar, Gilbert (2011) Les frères musulmans pour une »transition dans l'ordre«. In: *Le Monde diplomatique*, 58 (684), 12-13
- Abdülkadir, Nizar (2011) Beşşar Esad'ın Suriye'ye uzun vadeli çözümü yok. In: *Radikal*, 27. 4., 36
- Alexander, Anne (2009) Mubarak in the international arena. In: El-Mahdi, Rabab/ Marfleet, Philip (Hg.) *Egypt. The Moment of Change*. London/New York, 136-150
- Amar, Paul (2011) Warum Mubarak am Ende ist. In: *Frankfurter Allgemeine*, 7. 2., 23, 27
- Amin, Samir (2011) Les germes d'un cocktail explosif. (Interview) In: *afrique asie*, März, 16-21
- Beinin, Joel (2009) Workers' struggles under »socialism« and neoliberalism. In: El-Mahdi, Rabab/ Marfleet, Philip (Hg.) *Egypt. The Moment of Change*. London/New York, 68-86
- Ben Hammouda, Hakim (2011) Oü en est Doubaï. In: *afrique asie*, April, 84-85
- Ben Hammouda, Hakim/ Jallab, Mustapha Sadni (2010) La crise va-t-elle emporter le sud? In: Hugon, Philippe/ Salama Pierre (Hg.) *Les Suds dans la crise*. *Revue Tiers Monde*, Hors Série, 77-96
- Bonelli, Laurent/ Potier, Elwis (2011) Mme Michèle Alliot-marie emportée par la foule. In: *Le Monde diplomatique*, 58 (684), 17
- Çelik, Burce (2011) Sosyal medya ve direniş: Tunus, Mısır ve sıradakiler. In: *Birikim*, Nr. 263, 20-24
- Chamkhi, Fathi (2011) Dégage, dégage, dégage! Du passé faisons table rase. In: *Impreccor*, Nr. 569/570, 7-11
- Chibani, Ali (2011) Les tribus libyennes arbitres du pouvoir. In: *Le Monde Diplomatique*, 58 (684), 14
- Dot-Pouillard, Nicolas (2009) Rapports entre mouvements islamistes, nationalistes et de gauche au Moyen-Orient arabe. In: *Alternatives sud*, 16 (4), 175-192
- Droz-Vincent, Philippe (2010) L'ondata delle successioni: un'occasione di rinnovamento? In: Gualteri, Roberto/ Rhi-Sausi, José Luis (Hg.) *Hub globale, trincea o pantano? Il futuro del Mediterraneo e il ruolo dell'Europa*. Rapporto 2010 sull'integrazione europea. Bologna, 53-71
- Duterme, Bernard (2009) Contestation versus coercion dans le monde arabe. In: *Alternatives sud*, 16 (4), 7-22
- El-Mahdi, Rabab (2009) The democracy movement: cycles of protest. In: El-Mahdi, Rabab/ Marfleet, Philip (Hg.) *Egypt. The Moment of Change*. London/New York, 87-102
- El-Naggar, Ahmad El-Sayed (2009) Economic policy from state control to decay and corruption. In: El-Mahdi, Rabab/ Marfleet, Philip (Hg.) *Egypt. The Moment of Change*. London/New York, 34-50

- Fourmont, Guillaume (2010) La crise financière n'épargne pas le Golfe. In: *Moyen-Orient*, Nr. 2, 76-81
- Gantin, Karine (2009) Tunisie: des luttes renouvelées pour des droits inextinguibles. In: *Alternatives sud*, 16 (4), 41-48
- Gresh, Alain (2011) Ce que change le réveil arabe. In: *Le Monde diplomatique*, 58 (684), 1, 14-15
- Gualteri, Roberto/ Rhi-Sausi, José Luis (Hg.) (2010) Hub globale, trincea o pantano ? Il futuro del Merdterraneo e il ruolo dell'Europa. Rapporto 2010 sull'integrazione europea. Bologna
- Güller, Mehmet Ali (2011) Büyük ortadoğuda halk hareketleri. In: Koloğlu, Orhan et al.: *Soros, CFR ve Arap Ayaklanması*. İstanbul, 18-85
- Hadidi, Subhi (2011) La révolution assassinée. In: *afrique asie*, April, 50-51
- Hermann, Rainer (2011) Revolution nach Plan. In: *Frankfurter Allgemeine*, 15.2., 6
- Kandil, Hazem (2011) Revolt in Egypt. Interview. In: *New Left Review*, Second Series, No. 68, 17-55
- Kechana, Rachid (2011) Soulèvement contre la bédouinocratie et son chef. In: *Le Monde diplomatique*, 58 (685), 18-19
- Khader, Bichara (2009) État, démocratie et société civile dans le monde arabe. In: *Alternatives sud*, 16 (4), 193-207
- Lemaître, Frédéric (2011) Berlin, hostile à une intervention, s'abstient à ONU. In: *Le Monde*, 10.3., 12
- Martinez, Luis (2010) Violence de la rente pétrolière. Algérie – Irak – Libye. Paris
- Mestrum, Francine (2011) Tunisie: Que la révolution commence ... In: *Cetri*, 21.4 (www.cetri.be/spip.php?article2174, abgerufen 2.5.2011)
- Misser, François (2011) L'onde de choc atteint l'Afrique. In: *afrique asie*, April, 24-25
- Müller, Zdeněk (2011) Když Arabové volají po demokracii. In: *Listy*, 41 (2), 40-43
- Munier, Gilles (2011) Al-Quaïda vous salue bien. In: *afrique asie*, Mai, 46-47
- Nehmé, Majed (2011) Pourquoi veulent-ils l'abattre? In: *afrique asie*, April, 17-21
- O.A. (2011a) Eski Türkiye – Yeni Türkiye. In: *Express*, Nr. 118, 3-4
- O.A. (2011b) Berlin face à ses responsabilités internationales. In: *Le Monde*, 20.3., 1
- Piot, Olivier (2011) De l'indignation à la révolution. In: *Le Monde diplomatique*, 58 (683), 10-11
- Pommier, Sophie (2008) Égypte. L'envers du décor. Paris
- Richards, Alan/ Waterbury, John (1990) *Political Economy of the Middle East. State, Class and Economic Development*. Boulder u.a. O.
- Rose, Jürgen (2011) Operation misslungen, Patient tot. In: *Freitag*, 20.4., 9
- Ruf, Werner (2011) Ex oriente lux – oder «regime change light»? In: *Sozialisms*, 38 (3), 2-5
- Seale, Patrick (2011) Fatal aveuglement de la famille Al-Assad en Syrie. In: *Le Monde diplomatique*, 58 (686), 4-5
- Séréni, Jean-Pierre (2011) Le pétrole libyen de main en main. In: *Le Monde diplomatique*, 58 (685), 18-19
- Sharma, Shalendra D. (2010) The Arab World amidst the global financial crisis of 2008 – 2009. In: *Contemporary Arab Affairs*, 3 (1), 38-52
- Staniszki, Jadwiga (2001) *Postkomunizm. Próba opieru*. Gdańsk
- Uzgel, İlhan (2010) AKP: Neoliberal Dönüşümün. In: Uzgel, İlhan/ Duru, Bülent (Hg.) *AKP Kitabı. Bir Dönüşümün Bilançosu*. Kızılay-Ankara, 11-65
- Uzgel, İlhan/ Duru, Bülent (Hg.) (2010) *AKP Kitabı. Bir Dönüşümün Bilançosu*. Kızılay-Ankara